

Den Aargauer Lehrplan gibt's nicht kostenneutral

Lehrplan 21. Der alv unterstützt den Lehrplan 21 grundsätzlich, dies hat er auch verdeutlicht durch sein erfolgreiches Engagement gegen die Initiative, die die Umsetzung des Lehrplans 21 verhindern wollte. Die Vorgabe des Regierungsrats, dass der neue Aargauer Lehrplan kostenneutral umgesetzt werden müsse, könnte jedoch dazu führen, dass sich der alv im Interesse seiner Mitglieder gegen dessen Einführung stark machen muss.

Der Lehrplan 21 intendiert, dass die Inhalte koordiniert sind, was bedingt, dass die Stundentafeln in den verschiedenen Kantonen in Zukunft mindestens ähnlich aussehen müssen. Dies wird für den Kanton Aargau zum Problem, da die Kinder und Jugendlichen unseres Kantons heute deutlich weniger Zeit in der Schule verbringen als ihre Kolleginnen und Kollegen in anderen Kantonen. Die Anzahl der Pflichtlektionen muss vor allem in der Unterstufe und in der Realschule erhöht werden, was, so würde man meinen, unweigerlich zu Mehrkosten führt. Das Dilemma zwischen der Vorgabe der Kostenneutralität und der Notwendigkeit, die Anzahl der Lektionen zu erhöhen, versuchen die Verantwortlichen nun mit einem «Buebetrickli» zu lösen: Sie erhöhen zwar die Anzahl der Pflichtlektionen, reduzieren aber gleichzeitig die Anzahl der ungebundenen Lektionen, so geht alles, wie von Zauberhand, wunderbar auf. Den Schulen und den Lehrpersonen fehlen dann einfach die Lektionen, um die Klassen bei Bedarf teilen zu können oder um andere für die Schule wichtige Aufgaben innerhalb der Arbeitszeit erledigen zu können. Stillschweigend wird in Kauf genommen, dass die Betreuungszeit für die Schülerinnen und Schüler reduziert und die Arbeitszeit für die Lehrpersonen weiter erhöht wird. Exekutive und Verwaltung ignorieren dabei auch, dass der Grosse Rat in der letztjährigen Budgetdebatte klar davon Abstand genommen hat, die ungebundenen Lektionen zu reduzieren, und dies als Bildungsabbau bezeichnet hat. Der alv wird sich einer Umsetzung des Lehrplans 21 unter diesen Rahmenbedingungen, auf dem



Mutet wie ein «Buebetrickli» an – der Kanton Aargau muss Pflichtlektionen erhöhen. Die Verantwortlichen wollen nun einfach die Anzahl ungebundener Lektionen reduzieren. Foto: Fotolia.

Buckel der Lehrpersonen, widersetzen. Die Geschäftsleitung (GL) des alv erwartet, dass der Regierungsrat von seiner Prämisse der Kostenneutralität abrückt. Wenn von der Schule und den Lehrpersonen mehr Leistung verlangt wird, dann muss der Kanton auch bereit sein, diese zu finanzieren, schlechte Finanzlage hin oder her. Ansonsten muss das Projekt redimensioniert oder verschoben werden.

Geplante Streichung der Intensivweiterbildung

Die GL des alv ist besorgt über die geplante Streichung der Intensivweiterbildung. Seit 2015 wurden die Arbeitsbedingungen und die Löhne der Lehrpersonen durch drei Abbaurunden bereits massiv verschlechtert. Der Kanton Aargau ist im Vergleich zu den umgebenden Kantonen bei Weitem nicht mehr konkurrenzfähig. Trotzdem macht er sich nun daran, den letzten Pluspunkt einer Anstellung beim Kanton Aargau, die Möglichkeit, eine Intensivweiterbildung zu besuchen, wegzusparen. Vor dem Hintergrund, dass es politisch unmöglich scheint, direkt bei Kindern und Jugendlichen abzubauen, liegt die Versuchung nahe, die Arbeitsbedingungen der Lehrpersonen weiter zu verschlech-

tern. Dabei geht jedoch vergessen, dass der Erfolg der Schülerinnen und Schüler von der Qualität des Unterrichts und diese vom Ausbildungsstand und der Motivation der Lehrpersonen abhängig ist. Ungenügende Weiterbildung und Frustration der Lehrpersonen werden sich direkt auf den Schulerfolg der Klassen auswirken. Der Regierungsrat wäre deshalb gut beraten, sich wieder einmal als verantwortungsvoller Arbeitgeber zu zeigen, dem motivierte und weitergebildete Lehrpersonen ebenso wichtig sind wie ein ausgeglichenes Budget.
Manfred Dubach, Geschäftsführer alv

Aus der alv-Geschäftsleitungssitzung vom 26. Juni.